

Chronologie

März / April 2005*

März

1.3. Der spanische Ministerpräsident José Luis Zapatero hält vor der Nationalversammlung ein Plädoyer für die EU-Verfassung. Am 20. Februar hatte sich die spanische Bevölkerung in einem Referendum für den Verfassungsvertrag ausgesprochen.

1.3. Das nationale Statistikinstitut INSEE teilt der Europäischen Kommission die Bilanz der Entwicklung der öffentlichen Finanzen im Jahr 2004 mit. Wenn das öffentliche Defizit im Vergleich zu 2003 zwar um 0,5 Prozent zurückgegangen ist, erreicht es dennoch 3,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Paris hatte sich gegenüber der Kommission dazu verpflichtet, das Defizit im Jahr 2004 auf 3,6 Prozent zu begrenzen und im Jahr 2005 auf die vom EU-Stabilitätspakt geforderten 3 Prozent zurückzuführen.

1.3. Die seit dem 5. Januar im Irak vermisste Journalistin der Zeitung „Libération“, Florence Aubenas, bittet in einem Video den UMP-Abgeordneten Didier Julia um Hilfe. Julia hatte sich im Herbst 2004 vergeblich um die Befreiung zweier französischer Journalisten aus Geiselschaft im Irak bemüht. Er war deswegen von der französischen Regierung massiv kritisiert worden, die stets betont hatte, dass Julia ohne Auftrag gehandelt habe.

3.3. In Angers beginnt ein Prozess gegen 66 Personen wegen sexueller Vergehen an 45 Kindern im Alter zwischen sechs Monaten und zwölf Jahren. Im Zentrum der Anklage stehen drei Ehepaare, die ein organisiertes Netzwerk zum Zweck des Missbrauchs von Kindern aufgebaut haben sollen.

4.3. Staatspräsident Jacques Chirac kündigt an, dass das Referendum über den EU-Verfassungsvertrag am 29. Mai stattfinden wird. Damit wählt er einen Termin, der sowohl vom PS als auch von der UMP gutgeheißen wird. Beide Parteien hatten sich für einen ausreichend langen Zeitraum zur Information der Bevölkerung über die Verfassung eingesetzt.

4.3. Der Spitzenpolitiker des Front National, Bruno Gollnisch, wird von der Universität Lyon für fünf Jahre vom Lehrbetrieb ausgeschlossen. Gollnisch, Professor für Internationales Recht, hatte am 11. Oktober 2004 Zweifel an „der Art, wie die Menschen in den Gaskammern gestorben“ seien, angemeldet.

6.3. Zwei Tage vor dem „Internationalen Tag der Frauen“ organisiert die Frauenrechtsvereinigung „Ni putes ni soumises“ eine Demonstration unter dem Motto „Laïcité, égalité, mixité“ in Paris, an der nach Angaben der Veranstalter 10 000 Personen teilnehmen. Vier Jahre nach der Verabschiedung des Gleichstellungsgesetzes sind Frauen in wichtigen politischen Organen wie den Conseils généraux oder der Nationalversammlung weiterhin unterrepräsentiert.

7.3. Bei einer Zusammenkunft im Rahmen der regelmäßigen Blaesheim-Treffen in Blomberg bekräftigen Bundeskanzler Schröder und Staatspräsident Chirac ihre gemeinsame Position, den EU-Stabilitäts- und Wachstumspakt zu lockern. Besondere ökonomische Bedingungen oder außergewöhnliche Lasten einzelner Staaten müssten bei Überschreitungen der Drei-Prozent-Defizitgrenze berücksichtigt werden. Bezüglich des von der Europäischen Kommission vorgelegten Richtlinien-

* Zusammengestellt vom Programm Frankreich / deutsch-französische Beziehungen der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), Berlin.

entwurfs zur Liberalisierung im Dienstleistungsbereich bestehen beide auf weitreichenden Änderungen, um „nicht alle sozialen Bezüge zu verschütten“. Chirac und Schröder drängen schließlich auf einen „vollständigen und schnellstmöglichen“ Abzug aller syrischen Truppen aus dem Libanon als Vorbedingung freier Wahlen im Land.

7.3. Nach über drei Jahren Haft in der US-amerikanischen Haftanstalt Guantanamo Bay werden die letzten drei dort festgehaltenen Franzosen den französischen Behörden übergeben und in Polizeigewahrsam genommen. Frankreich hatte den USA zuvor zugesichert, die Rückverfolgbarkeit des weiteren Verbleibs der Ex-Häftlinge zu garantieren.

8.3. Der Abgeordnete *Didier Julia* wird von der Mitarbeit in der UMP-Fraktion der Nationalversammlung „beurlaubt“. *Julia* war am 1. März von der im Irak vermissten französischen Journalistin *Florence Aubenas* um Hilfe gebeten worden. In einem Interview hatte er am 7. März behauptet, wenn es sich bei der Entführten um die Tochter von Premierminister *Jean-Pierre Raffarin* handeln würde, hätten Verhandlungen mit den Entführern längst begonnen und wären möglicherweise bereits erfolgreich abgeschlossen worden.

8.3. 180 000 Schüler demonstrieren in ganz Frankreich gegen das geplante Schulgesetz von Erziehungsminister *François Fillon*. Nachdem die ursprünglich vorgesehene Reform des Zentralabiturs bereits verschoben worden war, protestieren die Schüler nun vor allem gegen die Abschaffung der im Curriculum vorgesehenen Projektarbeiten („travaux personnels encadrés“) und fordern eine bessere finanzielle Ausstattung der Schulen.

9.3. Der venezuelanische Präsident *Hugo Chavez* wird in Paris von Staatspräsident *Chirac* empfangen. Während seines Aufenthalts beschuldigt *Chavez* den US-Präsidenten *Bush*, ein Attentat gegen ihn zu planen. Am 2. März hatte *Chavez* in Montevideo bedauert, dass Argentinien während des Krieges mit Großbritannien um die Falkland-Inseln (1982) keine Verbündeten gehabt habe.

10.3. Bei einem Treffen des Bevollmächtigten der Bundesrepublik Deutschland für kulturelle Angelegenheiten im Rahmen des Élysée-Vertrages, *Peter Müller*, und des französischen Erziehungsministers *François Fillon* mit Verantwortlichen der Ständigen Kultusministerkonferenz wird beschlossen, das gemeinsame deutsch-französische Geschichtsbuch ab dem Schuljahr 2007 einzusetzen. Das Lehrwerk wird in den Inhalten und im äußeren Erscheinungsbild identisch sein und in den

letzten drei Klassen vor dem Abitur eingesetzt werden. Das Projekt war anlässlich des 40. Jahrestages des Élysée-Vertrages im Januar 2003 angestoßen worden.

10.3. Nach Angaben der Gewerkschaften demonstrieren mehr als eine Million Menschen in ganz Frankreich gegen die Arbeits- und Sozialpolitik der Regierung *Raffarin*. Im Mittelpunkt steht die Forderung nach dem Erhalt der Kaufkraft und der Sicherung der Arbeitskräfte. Die Proteste sind mit Streiks im öffentlichen Nahverkehr, bei der Staatsbahn SNCF und den Flughäfen verbunden und legen das Land weitgehend lahm.

13.3. Premierminister *Raffarin* kündigt an, die Verhandlungen über die Gehälter im Öffentlichen Dienst für die Jahre 2005 und 2006 wieder aufzunehmen. Zugleich fordert er die Unternehmen auf, einen Teil der Gewinne des Jahres 2004 an ihre Mitarbeiter zurückzugeben.

15.3. In Telefongesprächen mit dem Präsidenten des Europäischen Rates, *Jean-Claude Juncker*, und dem Präsidenten der Europäischen Kommission, *José Manuel Barroso*, erklärt Staatspräsident *Chirac* den Richtlinienentwurf der Kommission für die Liberalisierung des Dienstleistungsmarktes der EU für „inakzeptabel“. Zugleich fordern die Abgeordneten der Nationalversammlung und des Senats in einer symbolischen Entschließung eine Überarbeitung des Entwurfs. Frankreich stört sich vor allem am so genannten „Ursprungslandprinzip“, nach dem Unternehmen in jedem Mitgliedstaat der EU Dienstleistungen auf der Basis der Gesetzeslage im eigenen Land anbieten dürfen.

15.3. Zwei Jahre nach der Reform des Gesetzes über die Innere Sicherheit diskutieren mehrere Vereinigungen im Senat über die Folgen der Reform für die Prostituierten. Die Debatte kommt zu dem Ergebnis, dass das neue Gesetz, das den Tatbestand der „passiven Kundenanwerbung“ eingeführt hatte, die Prostitution aus den urbanen Zentren in weniger belebte Zonen wie stillgelegte Industrieflächen oder Wälder am Stadtrand verdrängt habe. Damit seien die Prostituierten weniger sichtbar, zugleich aber auch angreifbarer geworden.

15./16.3. Während eines Besuchs in Israel erklärt Premierminister *Raffarin*, Frankreich sei während des Holocaust gelegentlich auch Komplize der Verbrecher gewesen und habe eine ewige Schuld auf sich geladen. *Raffarin* kündigt an, dass Frankreich den Friedensprozess im Nahen Osten unterstützen wolle, die Bedingungen dafür seien so vielversprechend wie nie zuvor.

16.3. Auf seiner ersten Pressekonferenz seit seiner Ernennung Ende Februar kündigt Wirtschafts- und Finanzminister Thierry Breton Steuererleichterungen für die Gewinnbeteiligung von Beschäftigten sowie Steueranreize für Forschungsinvestitionen an. Zugleich dämpft er die Erwartungen in das Wirtschaftswachstum, indem er die Wachstumsprognose seines Vorgängers Nicolas Sarkozy für das Jahr 2005 von 2,5 Prozent auf eine Spanne von 2 bis 2,5 Prozent reduziert.

16./17.3. Im Rahmen eines Parteikonvents zu sozialpolitischen Fragen legt UMP-Präsident Nicolas Sarkozy mehrere Reformvorschläge vor. Unter anderem setzt er sich für die Abschaffung von befristeten und unbefristeten Arbeitsverträgen zugunsten eines „*contrat de travail unique*“ ein, der langjährigen Mitarbeitern einen größeren Kündigungsschutz bieten sollte als Berufseinsteigern. Des Weiteren sollten Überstundenregelungen liberalisiert und die Entlohnung im öffentlichen Dienst an das Leistungsprinzip gekoppelt werden.

17.3. Der Conseil des ministres legt die Aufteilung für die Fernseh- und Radiozeiten fest, die den Befürwortern und Gegnern des EU-Verfassungsvertrages bei ihren Werbekampagnen zugestanden werden sollen. Danach werden UMP, UDF, PS und die Grünen der Gruppe der Befürworter, der Front national, der Mouvement pour la France, der Rassemblement pour la France und der PCF der Gruppe der Gegner zugeordnet.

18.3. In Paris treffen Staatspräsident Chirac, Bundeskanzler Schröder, der russische Präsident Putin sowie der spanische Regierungschef Zapatero zusammen. Dabei bekräftigen die westlichen Staats- und Regierungschefs, dass sie den Kurs der Partnerschaft mit Russland fortsetzen wollen. Darüber hinaus weisen sie auf die Bedeutung Russlands als Energielieferant Europas hin und beschließen gemeinsam mit Putin, dass die für Energiefragen zuständigen Minister der vier Staaten in Kürze mit Wissenschaftlern zu einem gemeinsamen Austausch zusammenkommen sollen. Die Politik Russlands in Tschetschenien wird auf dem Gipfel nicht behandelt.

18.3. Auf einer von Frankreich initiierten Ministerkonferenz in Cayenne (Französisch-Guyana) über Wiederaufbauhilfe für Haiti beschließen die zehn teilnehmenden Staaten (neben Frankreich unter anderem die USA, Kanada und Brasilien) 200 konkrete Projekte, die durch die bereits vorliegenden Hilfszusagen im Umfang von 1,4 Milliarden Dollar finanziert werden sollen. Die Projekte betreffen die Bereiche Infrastruktur und Wirtschaft, Unterstützung demokratischer Institutionen und Prozesse sowie Bildung und Gesundheit.

19.3. Der ehemalige Generalstabschef der französischen Armee, Maurice Schmitt, während des Algerienkrieges Leutnant in einem Fallschirmjägerregiment, wird von früheren Mitgliedern des „Front de libération nationale“ (FLN) beschuldigt, im Jahr 1957 an zum Teil tödlichen Folterungen algerischer Gefangener beteiligt gewesen zu sein. Schmitt, gegen den bereits im Jahr 2001 Foltervorwürfe von früheren FLN-Mitgliedern erhoben worden waren, lehnt jede Stellungnahme ab. 2001 hatte er die Anschuldigungen als „absolute Lügenmärchen“ bezeichnet.

20.3. Die Wirtschafts- und Finanzminister der EU (Ecofin-Rat) einigen sich auf eine Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts der Union, die weitgehend den Vorstellungen Deutschlands und Frankreichs entspricht. Während die Grenze des Haushaltsdefizits bei drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts erhalten bleiben wird, soll das Defizit-Strafverfahren unter bestimmten Bedingungen gestreckt werden können. Dazu gehören eine schwache ökonomische Lage sowie Sonderbelastungen durch Reformmaßnahmen oder Ausgaben „zugunsten der europäischen Einigung“. Diese von Finanzminister Thierry Breton vorgeschlagene Formulierung bezieht sich vor allem auf die von der Bundesregierung geltend gemachten Kosten der deutschen Wiedervereinigung.

21.3. Bei einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts IPSOS für die Zeitung „Le Figaro“ sprechen sich 52 Prozent der befragten Franzosen gegen eine Ratifizierung des EU-Verfassungsvertrages aus. 48 Prozent stimmen für den Vertrag. Damit zeichnet sich erstmals eine Mehrheit gegen den Vertrag ab. Laut IPSOS sei der Rückgang der Befürworter im Wesentlichen auf einen Einbruch der Ja-Stimmen bei denjenigen Wählern zurückzuführen, die sich der parlamentarischen Linken zugehörig fühlen (45 Prozent im Vergleich zu 54 Prozent zwei Wochen zuvor).

21.3. Die vier wichtigsten muslimischen Vereinigungen in Frankreich, zusammengeschlossen im Conseil français du culte musulman (CFCM), unterzeichnen im Innenministerium das Gründungsdokument einer privaten Stiftung zur Finanzierung muslimischer Stätten. Im Mittelpunkt stehen der Bau und die Renovierung von Moscheen sowie die Ausbildung von Imamen. Innenminister Dominique de Villepin realisiert damit ein Projekt, das an der Trennung von Kirche und Staat festhält und im Gegensatz zum Vorschlag von Nicolas Sarkozy steht, das Laizitäts-Gesetz von 1905 zu reformieren.

21.3. Premierminister Raffarin, die Generaldirektoren des Raumfahrtunternehmens Ariespace, Jean-Yves Le Gall, und der Europäischen Raumfahrtbehörde, Jean-Jacques Dordain, sowie der Vizepräsident der Europäischen Investitionsbank (EIB), Philippe de Fontaine Vive, unterzeichnen in Paris eine Vereinbarung, die ab 2006 Starts einer neuen, vorerst unbemannten Version der russischen Trägerrakete „Sojus“ vom französischen Weltraumbahnhof Kourou (Französisch-Guyana) vorsieht. Das Kooperationsprogramm soll unter anderem mit einem Darlehen über 121 Millionen Euro von der EIB an Ariespace für den Bau einer geeigneten neuen Abschussrampe finanziert werden. Bisher startet Sojus ausschließlich von russischen Weltraumbahnhöfen.

22.3. Der Europäische Rat erklärt zum Richtlinienentwurf der Europäischen Kommission für eine Liberalisierung des Dienstleistungsmarktes der EU, der Entwurf werde dem Anspruch, die Liberalisierung des Binnenmarktes für Dienstleistungen mit dem europäischen Sozialmodell in Einklang zu bringen, „nicht voll gerecht“. Der Text solle daher im Zuge der Begutachtung durch das Europäische Parlament im September modifiziert werden. Dieser Beschluss gilt als Erfolg der deutsch-französischen Kritik am Kommissionsentwurf. Bundeskanzler Schröder, der im Anschluss an den Gipfel von einer notwendigen „grundlegenden Überarbeitung“ des Textes spricht, und Staatspräsident Chirac, der bei einer „totalen Ablehnung“ der Richtlinie bleibt, grenzen sich allerdings weiterhin von dem gefundenen Kompromiss ab. Der Europäische Rat beschließt außerdem auf Initiative Frankreichs die Gründung eines „Europäischen Pakts für die Jugend“, durch den die berufliche Bildung, die Mobilität sowie die berufliche und soziale Eingliederung der Jugendlichen verbessert werden sollen.

21.3. Die „Commission nationale consultative des Droits de l'Homme“ übergibt Premierminister Raffarin ihren Jahresbericht zur Bekämpfung des Rassismus und Antisemitismus. Dem Bericht zufolge sei das Jahr 2004 von einem „beträchtlichen Anstieg sowohl antisemitischer als auch anderer rassistischer und fremdenfeindlicher Tatbestände“ gekennzeichnet gewesen. Die registrierte Zunahme dieser Fälle um 132,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahr stehe unter anderem mit neuen Formen rassistischer Propaganda im Internet in Zusammenhang.

24.3. Die Nationalversammlung verabschiedet das Gesetz zur Schulreform („Loi Fillon“). Wichtige Punkte des Gesetzes sind die Definition eines „allgemeinen Sockels von Kenntnissen“ und die Förderung der Fremdsprachen (unter anderem durch die Einführung der ersten Fremdsprache in der zweiten Klasse). Zuvor

hatte die Regierung aufgrund heftiger Proteste die geplante Reform des Zentralabiturs fallen gelassen.

25.3. Untersuchungsrichter Thierry Perriquet ordnet im Verfahren gegen den Präsidenten des Conseil supérieur de l'audiovisuel (CSA), Dominique Baudis, die Einstellung des Verfahrens an. Baudis war im Frühjahr 2004 von ehemaligen Prostituierten beschuldigt worden, an vom Serienmörder Patrice Alègre organisierten sadomasochistischen Abenden teilgenommen zu haben. Die Prostituierten hatten angegeben, zu diesen Abenden gezwungen worden zu sein.

26.3. Nachdem sie den Pazifik in 72 Tagen mit einem Ruderboot überquert hat, erreicht die 27 Jahre alte Maud Fontenoy die Inselgruppe der Markisen, nordöstlich von Tahiti auf Französisch-Polynesien. Fontenoy ist die erste Frau, die den Pazifik allein mit einem Ruderboot überquert hat.

26.-28.3. Während eines Staatsbesuchs in Japan trifft Staatspräsident Chirac mit dem japanischen Premierminister Junichiro Koizumi zusammen. Themen sind unter anderem der von Frankreich unterstützte Wunsch Japans (und Deutschlands), ständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrats zu werden, sowie eine Intensivierung der französisch-japanischen Industriepartnerschaften. Unterschiedliche Positionen bestehen in der Frage einer (von Paris befürworteten) Aufhebung des EU-Waffenembargos gegenüber China und hinsichtlich des Standorts des Internationalen Experimentalreaktors für Thermonukleare Kernfusion (ITER). Das ITER-Projekt wird von China, der EU, Japan, Kanada, Russland, den USA und Südkorea gemeinsam getragen.

29.3. In Paris beginnt der Prozess gegen acht Islamisten, von denen vier beschuldigt werden, an der Ermordung des bekanntesten Mujaheddin-Kämpfers Afghanistans, Ahmad Schah Massoud, am 9. September 2001 beteiligt gewesen zu sein. Massoud gehörte der Volksgruppe der Tadschiken an und war ein führendes Mitglied der Nordallianz, der einzigen militanten Widerstandsbewegung gegen die Taliban. Die vier Hauptbeschuldigten waren vom französischen Nachrichtendienst DST wenige Monate nach dem Attentat festgenommen worden.

29.3. Die bislang von zwei Familien kontrollierte Unternehmensgruppe Galeries Lafayette gibt eine tiefgreifende Reorganisation ihrer Kapitalstruktur bekannt. Die Bank BNP Paribas erwirbt 29,5 Prozent der Anteile von der Erbin der Gründungsfamilie Meyer. Damit wird die Familie Moulin mit 31,64 Prozent Anteilsbesitz zur alleinigen Mehrheitsaktionärin. Es wird erwar-

tet, dass die Gruppe sich in Kürze von der Börse zurückziehen und BNP Paribas seine Anteile in einigen Jahren an die Familie Moulin veräußern wird.

31.3. In Frankreich wird das digitale terrestrische Fernsehsystem TNT (télévision numérique terrestre) gestartet. Damit können interessierte Nutzer nach Anschaffung eines Adapters 14 (statt bisher sieben) Kanäle frei empfangen.

April

4.4. Die Justizminister Belgiens, Deutschlands, Frankreichs und Italiens kommen in Paris zusammen, um gemeinsam den Start des europäischen Strafregisters zu erklären. Das Register, das jedoch erst Ende des Jahres operativ einsetzbar sein wird, wird es jedem Richter eines beteiligten Staats ermöglichen, in kurzer Zeit auf das Strafregister der Partnerstaaten zurückzugreifen.

5.4. Die Vereinigung der französischen Regionen kündigt an, dass die Präsidenten der 22 vom Parti Socialiste regierten Regionen die „provisorischen Konventionen“ über den Transfer von Staatsbeamten an die Regionen nicht unterzeichnen werden. Diese Maßnahme, die in erster Linie Beamte des Bildungswesens betrifft, die nicht dem Lehrkörper angehören, ist das Kernstück der Dezentralisierungspolitik der bürgerlichen Regierung. Als Grund werden die unklaren rechtlichen und finanziellen Folgen der Konventionen angeführt.

6.4. Amnesty International veröffentlicht einen Bericht über Gewalttätigkeiten der französischen Polizei seit 1991. Darin wird dem französischen Justizsystem „Unfähigkeit“ bei der Verfolgung und Bestrafung der Verantwortlichen vorgeworfen. Die Justiz ermittle mit unterschiedlicher Schnelligkeit, je nachdem, ob eine Anklage von der Polizei vorliege oder die Polizei selbst Angeklagte sei.

7.4. Das Nationale Institut für demographische Studien veröffentlicht einen Bericht über die Entwicklung der französischen Familien seit den 1950er Jahren. Gegenwärtig seien 45 Prozent der Eltern bei der Geburt ihrer Kinder nicht verheiratet, ein Drittel aller Eltern ließe sich nach der Geburt scheiden, in einer von sechs Familien seien die Mütter alleinerziehend.

8.4. Zusammen mit 70 weiteren Staats- und Regierungschefs nimmt Staatspräsident Chirac an den Beisetzungsfestlichkeiten für Papst Johannes Paul II. im Vatikan teil. Johannes Paul II. war am 2. April im Alter von 84 Jahren gestorben.

8.4. Der Journalist Jean-Pierre Elkabbach wird von Arnaud Lagardère, Vorstand des gleichnamigen Medienkonzerns, zum Chef des Radiosenders „Europe 1“ ernannt. Er ersetzt Jérôme Bellay, der den Sender seit 1996 geleitet und zu einem Nachrichten- und politischen Talkkanal entwickelt hatte.

11.4. In einem Interview mit der Zeitung „Nice-Matin“ dämpft Premierminister Raffarin die Aussichten der französischen Wirtschaftsentwicklung in den kommenden Monaten. Aufgrund des „neuen Ölschocks“ müsse das Ziel, die Arbeitslosigkeit im Jahr 2005 um zehn Prozent zu senken, um einige Monate verschoben werden. An der auch für das Jahr 2006 vorgesehenen Einkommensteuersenkung solle festgehalten werden. Ihre konkrete Umsetzung sei jedoch vom „Rhythmus der Wirtschaftsaktivität“ abhängig. Ferner gehe die Regierung inzwischen von einem Wirtschaftswachstum von 2 bis 2,5 Prozent im laufenden Jahr aus. Das Budget für 2005 war noch auf der Annahme eines Wachstums von 2,5 Prozent erstellt worden.

11.4. In Rennes wirbt Außenminister Joschka Fischer gemeinsam mit seinem Amtskollegen Michel Barnier für ein Ja zum EU-Verfassungsvertrag. Die „europäische Gründernation Frankreich“ müsse den Vertrag ratifizieren, andernfalls „stehe das Leben Europas auf dem Spiel“.

13.4. Als erste französische Großbank bietet die französische Sparkasse („Caisses d'Épargne“) ihren Kunden einen Zinssatz von 0,5 beziehungsweise 1 Prozent (je nach Höhe der Einlage) für ihre Guthaben auf Girokonten an. Dieses Angebot ist dadurch möglich geworden, dass der Europäische Gerichtshof im Oktober 2004 das in Frankreich für Banken geltende doppelte Verbot aufgehoben hatte, einerseits eine Gebühr für die Bearbeitung von Schecks zu erheben und andererseits den Kunden ihre Einlagen auf Girokonten zu vergüten.

14.4. In einer vom Fernsehsender „TF1“ übertragenen Diskussion debattiert Staatspräsident Chirac im Élysée-Palast mit 80 Jugendlichen im Alter zwischen 18 und 30 Jahren über den EU-Verfassungsvertrag. Die Jugendlichen waren vom Meinungsforschungsinstitut SOFRES ausgewählt worden. Am selben Abend durchgeführte Meinungsumfragen ergeben, dass die Ausführungen Chiracs keine nennenswerten Auswirkungen auf die Einstellungen der Wähler erzielt haben.

15.4. Der Medienkonzern Bertelsmann gibt den Kauf der französischen Buchladenkette Privat durch seine Filiale France Loisirs bekannt. Mit einem Umsatz von 125 Millionen Euro ist Privat das größte französische Unternehmen in seiner Branche. Damit wird Bertelsmann

hinter dem Fnac-Konzern zum zweitgrößten Buchhandelskonzern in Frankreich.

16.4. Unter der Leitung des Parteivorsitzenden Nicolas Sarkozy halten mehr als 2 000 Delegierte der Pariser UMP eine Generalversammlung ab, mit der das Wahlverfahren zur Bestimmung des UMP-Kandidaten für die Pariser Bürgermeisterwahlen im Jahr 2008 eröffnet wird. Neben den Abgeordneten Claude Gossuain, Pierre Lellouche, Françoise de Panafieu und Jean Tiberi erklärt auch der Regionalrat Jean-Luc Romero (Île-de-France) offiziell seine Ambitionen für eine Kandidatur.

19.4. Präsident Jacques Chirac besucht die deutsch-französische Pilotenschule in Le Luc en Provence (Var). In seiner Rede bekräftigt er die Bedeutung des EU-Verfassungsvertrages für die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Dabei hebt er die im Vertrag vorgesehene Solidaritätsklausel zur gegenseitigen Unterstützung der EU-Mitgliedstaaten im Fall eines Angriffs hervor. Die Klausel sei ein wichtiges Instrument im Kampf gegen den Terrorismus sowie im Umgang mit Industrie- und Naturkatastrophen.

21.4. Die „Direction générale pour l'armement“ (DGA) stellt ihren Tätigkeitsbericht für das Jahr 2004 vor. 27 Prozent der Ausgaben seien in europäische Kooperationsprogramme wie zum Beispiel das Transportflugzeug A400M geflossen. 2004 hat die DGA knapp zehn Milliarden Euro in Ausrüstungsprogramme für die französische Armee investiert. Mit der Indienstellung des nuklear angetriebenen U-Bootes „Le Vigilant“ wurde eines der wichtigsten Rüstungsprojekte der vergangenen Jahre abgeschlossen.

21.-23.4. Während seines Staatsbesuchs in China erklärt Premierminister Raffarin, dass Frankreich sich weiterhin für eine Aufhebung des EU-Waffenembargos gegen Peking einsetze. Das von der chinesischen Regierung im März erlassene „Antisessionsgesetz“ enthalte keine aggressiven Intentionen gegenüber Taiwan und sei mit der Pariser Position „absolut vereinbar“. Ein wichtiges Ziel des Besuchs von Raffarin ist es, französischen Unternehmen den Zugang zum chinesischen Markt zu erleichtern.

22./23.4. Der Parti socialiste (PS) feiert mit einem Kolloquium in der Bibliothèque François-Mitterrand seinen 100. Geburtstag. Im April 1905 hatten sich die französischen Sozialisten zur „Section française de l'internationale ouvrière“ (SFIO) zusammengeschlossen. Auf dem Kongress von Épinay im Jahr 1971 kam es zur Gründung des PS, der sich – anders als zuletzt die SFIO – für eine Zusammenarbeit mit den Kommunisten öffnete.

26.4. Während des fünften Deutsch-Französischen Ministerrats in Paris rufen Bundeskanzler Schröder und Staatspräsident Chirac die Franzosen auf, beim Referendum über den EU-Verfassungsvertrag mit Ja zu stimmen. Im Rahmen des Treffens werden von der im Vorjahr eingesetzten „Beffa-Cromme-Arbeitsgruppe“ vier förderungswürdige deutsch-französische Industrieprojekte vorgestellt. Ferner wird das Ziel einer verbesserten Mobilität zwischen beiden Ländern in den Mittelpunkt gerückt. Dafür soll unter anderem die Anzahl der Schüleraustauschprogramme während der kommenden fünf Jahre um 50 Prozent erhöht werden.

27.4. Das Großraumflugzeug A 380 des deutsch-französischen Airbus-Konzerns startet in Toulouse zu einem ersten Testflug. Das weltweit größte Passagierflugzeug wird bis zu 850 Personen transportieren können. Gegenwärtig liegen 144 Bestellungen für das Flugzeug vor. Um die Investitionskosten von etwa 10,7 Milliarden Dollar auszugleichen, geht Airbus von einem notwendigen Verkauf von 300 A 380-Maschinen aus.

28.4. Der Präsidentschaftskandidat des Parti socialiste aus dem Jahr 2002, Lionel Jospin, setzt sich im Fernsehsender „France 2“ erstmals öffentlich für ein Ja der Franzosen zum EU-Verfassungsvertrag ein. Die Parteilührung um François Hollande erhofft sich dadurch, die vornehmlich dem linken Parteiflügel nahestehenden Gegner des Vertrages umzustimmen.

29.4. In einer länger erwarteten Stellungnahme bezieht der Präsident des Direktoriums von „Le Monde“, Jean-Marie Colombani, eindeutig Position zugunsten des EU-Verfassungsvertrages. Dieser „öffne die Türen“ und sei ein „Übergang zu einer politischen Konstruktion“, die der Europäischen Union noch fehle.

29.4. Der Chef des Autoherstellers Nissan, Carlos Ghosn, löst den PDG von Renault, Louis Schweitzer, an der Spitze des französischen Konzerns ab, behält jedoch zugleich seinen Posten bei Nissan. Seit der Entscheidung von Schweitzer im Jahr 1999, die beiden Unternehmen zusammenzuführen, hält Renault 44 Prozent der Firmenanteile von Nissan, das japanische Unternehmen 15 Prozent der Anteile von Renault. Ghosn, der libanesischer Abstammung und Absolvent der Elitehochschule Ecole Polytechnique ist, hatte den angeschlagenen Nissan-Konzern innerhalb weniger Jahre zum profitabelsten Autohersteller der Welt gemacht. Als künftige Hauptaufgabe seiner Doppelfunktion sieht er die Erhaltung der Synergien beider Unternehmen.